

Es gibt viel zu tun

Das Ergebnis der Bundestagswahl markiert eine politische Zäsur. Es hat gezeigt: Viele Menschen in Deutschland sind verunsichert und enttäuscht. Für den DGB ist klar, dass es keine lange Hängepartie geben darf. Politische Reformen für eine soziale und gerechte Renten- und Bildungspolitik und Verbesserungen in der Arbeitswelt müssen jetzt dringend kommen.



Die beiden Volksparteien CDU und SPD haben klar Stimmenanteile verloren. Die kleinen haben hinzugewonnen – erstmals werden sieben Parteien im Bundestag vertreten sein. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann sagte in Berlin: „Die Abwahl der großen Koalition zeigt, dass soziale Konzepte nicht konsequent genug umgesetzt wurden“. Er forderte die Parteien auf, nun die Sorgen und Interessen der WählerInnen aufzunehmen. Das Wahlergebnis sei der Ruf nach mehr sozialem Zusammenhalt, mehr Ordnung auf dem Arbeitsmarkt und mehr Sicherheit für die Zukunft.

„Soziale Gerechtigkeit“ laute die Antwort auf die aktuellen Entwicklungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeitswelt, stellte Hoffmann klar. Der DGB und die Gewerkschaften erwarten jetzt zügig Konzepte gegen Altersarmut, Perspektiven für prekär Beschäftigte in Minijobs, Teilzeit, Leiharbeit und befristeter Arbeit, mehr bezahlbaren Wohnraum sowie Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

Das müsste sich – aus Sicht der Gewerkschaften – auch in den Koalitionsverhandlungen widerspiegeln. „Diese Themen sind im Wahlkampf viel zu schwach und

mutlos kommuniziert worden“, so Hoffmann. In den nächsten vier Jahren müsse sich etwas tun, damit sich Leben und Arbeiten der Menschen spürbar verbessere.

Insbesondere bei der Renten- und Bildungspolitik zeigt sich – diese sind den Menschen wichtig: 57 Prozent der WählerInnen sagen laut ARD, dass ihnen eine gute Absicherung im Alter sehr wichtig sei, für 64 Prozent ist die Bildungs- und Schulpolitik zentral. Dies müsse die künftige Bundesregierung in den nächsten vier Jahren berücksichtigen. „Wir werden alle Parteien weiterhin an ihren Inhalten messen“, so Hoffmann.

Ohne Zweifel steht fest: Es hat einen Rechtsruck im politischen System Deutschlands gegeben. Erstmals seit Jahrzehnten ist wieder eine rechte Partei mit völkischen und fremdenfeindlichen Ansichten im Bundestag vertreten. In den nächsten Jahren wird sich zeigen, dass sie keine wirksamen Konzepte für die ArbeitnehmerInnen in Deutschland hat. Im Gegenteil: Die Vorstellungen der AfD sind arbeitnehmer- und menschenfeindlich. Der DGB und die Gewerkschaften werden dies immer wieder deutlich machen.

Wahlgrafiken 2017

CDU/CSU und SPD haben bei der Bundestagswahl deutlich Stimmen verloren. Wir zeigen, wie die GewerkschafterInnen gewählt haben.

SEITE 2

Befristungen stoppen

Mehr als drei Millionen Menschen haben einen befristeten Vertrag. Was fordert der DGB?

SEITE 5

Feiger im Interview

Der IG BAU-Vorsitzende Robert Feiger erklärt, was ihn an Wirtschaftsprofessoren stört und wie die IG BAU weiblicher werden soll.

SEITE 7

FORSA-UMFRAGE

Gesetzliche Rente stärken

79%



der 18- bis 29jährigen wären bereit, bis 2030 jährlich ein Prozent mehr des Bruttogehalts in die gesetzliche Rente einzuzahlen, um die Leistungen zu verbessern und das Rentensystem zu stabilisieren.

Quelle: ForSA-Umfrage im Auftrag des DGB, September 2017

Zur Umfrage: www.dgb.de/-nUY



EINBLICK IM INTERNET

Aktuelle News gibt es auf der einblick-Internetseite: www.dgb.de/einblick



E-MAIL-NEWSLETTER

Anmeldung unter: www.dgb.de/einblicknewsletter

So haben GewerkschafterInnen gewählt

Mehr als 50 000 Menschen hat die Forschungsgruppe Wahlen am Tag der Bundestagswahl 2017 zu ihrer Stimmabgabe befragt. Ein großer Teil der Befragten hat den MeinungsforscherInnen zudem Auskunft über Gewerkschaftsmitgliedschaft, Erwerbsstatus und Berufsgruppe gegeben. Diese Zahlen bilden die Basis für die einblick-Wahlgrafiken, die nun zum fünften Mal veröffentlicht werden. Sie zeichnen ein Bild davon, wem die GewerkschafterInnen in Deutschland bei der Bundestagswahl am 24. September ihre Stimme gegeben haben.

GewerkschafterInnen: SPD vor CDU, AfD drittstärkste Kraft

Anteil der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl (in Prozent)

■ CDU/CSU ■ SPD ■ Linke ■ Grüne ■ FDP ■ AfD ■ Andere

Alle WählerInnen:



Gewerkschaftsmitglieder*:



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Der Bundeswahlleiter / Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

Die SPD bleibt trotz deutlicher Verluste die Partei, der eine Mehrheit von 29 Prozent der GewerkschafterInnen ihre Stimme gegeben hat. Es folgt die Union aus CDU/CSU mit 24 Prozent der Gewerkschaftsstimmen. Alle Parteien der großen Koalition müssen im Vergleich zur letzten Wahl deutliche Verluste hinnehmen. So kam die SPD 2013 noch auf 35,9 Prozent der Stimmen aus dem Gewerkschaftslager. CDU/CSU sackten hier um rund acht Prozent von vormals 32,4 Prozent ab. Zulegen konnte die AfD. Ihr gaben 15 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Befragten die Stimme. Auch Linke und FDP legen zu.

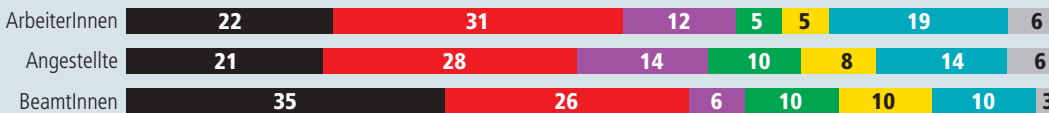
Eindeutig bleibt die Präferenz der GewerkschafterInnen unter den ArbeiterInnen und Angestellten: Beide Gruppen haben mehrheitlich für die Sozialdemokratie gestimmt. Bei den ArbeiterInnen folgen CDU/CSU mit 22 Prozent und AfD mit 19 Prozent.

Ginge es nach den Gewerkschaftsfrauen hätte Rot-Rot-Grün eine klare Mehrheit. So kommen SPD, Linke und Grüne bei den GewerkschafterInnen im Vergleich mit allen WählerInnen deutlich besser weg. Einen klaren Unterschied im Wahlverhalten gibt es beim Vergleich von Ost- und Westdeutschland. Während GewerkschafterInnen in Westdeutschland mit 31 Prozent für die SPD stimmen, bekommt die Partei im Osten gerade mal auf 18 Prozent. Mit 22 Prozent liegen AfD und Linke gleichauf. Die CDU wählten 24 Prozent.

GewerkschafterInnen: SPD bei Angestellten und ArbeiterInnen stärkste Kraft

Vergleich Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern nach Berufsgruppen (in Prozent)

■ CDU/CSU ■ SPD ■ Linke ■ Grüne ■ FDP ■ AfD ■ Andere



Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

Gewerkschaftsfrauen wählen Rot-Rot-Grün

Vergleich Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern nach Geschlecht (in Prozent)

■ CDU/CSU ■ SPD ■ Linke ■ Grüne ■ FDP ■ AfD ■ Andere



Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

GewerkschafterInnen im Osten: Linke und AfD gleich auf

Vergleich Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern in West- und Ostdeutschland (in Prozent)

■ CDU/CSU ■ SPD ■ Linke ■ Grüne ■ FDP ■ AfD ■ Andere



Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

 Keine Wahlgrafik mehr verpassen ...

Abonnieren Sie den kostenlosen *einblick*-Newsletter: www.dgb.de/einblick/einblicknewsletter



TARIFBINDUNG: KEINE ENTWARNUNG

Die Bundesregierung sieht keinen Anlass zur Sorge um das Tarifgefüge in Deutschland. In einer umfangreichen Antwort auf eine Anfrage der Partei Die Linke gibt sich die Bundesregierung beim Thema Tarifbindung arglos. Zwar sei die Anzahl der Flächentarifverträge rückläufig, allerdings weise die Zahl der Tarifverträge insgesamt in den letzten Jahren eine steigende Tendenz aus, stellt die Bundesregierung fest. Viele Arbeitsverhältnisse würden sich zudem trotz fehlender Tarifbindung an Tarifverträgen orientieren.

Ein Aufwärtstrend sei auch mit viel gutem Willen nicht zu erkennen, kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell. „Allein die Tatsache, dass sich immer mehr Firmen an Tarifverträgen orientieren, ist kein Grund zur Entwarnung. In tariforientierten Betrieben liegen die Löhne im Schnitt bis zu 25 Prozent unter denen in tarifgebundenen Firmen.“ Das zeige eine neue Studie des Instituts für Mittelstandsforschung an der Universität Mannheim, so Körzell.

Allerdings belegt die Antwort der Bundesregierung auch positive Entwicklungen bei den allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen. Vor allem die Bundesländer gehen mit gutem Beispiel voran. Anders als auf Bundesebene gibt es offensichtlich seit August 2014 viele Tarifverträge auf Länderebene, bei denen nicht nur die unterste Lohngruppe für allgemeinverbindlich erklärt wurde, sondern die ganze Lohnabelle mit allen Lohngruppen. Körzell begrüßte diesen Weg: „Dies sollte auch im Tarifausschuss auf Bundesebene Schule machen!“

DGB-Fotowettbewerb

#jetztgerecht

Investitionsstau in Deutschland. Der Sparkurs bei Straßen, Schulen und Brücken muss ein Ende haben – die kommende Regierung muss in das Land investieren. Warum das so ist, zeigen eindrücklich die fünf Gewinner-Fotos des DGB-Fotowettbewerbs #jetztgerecht. Alle Fotos: www.dgb.de/-/nrN

Die Perspektive von Instagrammer @basruhrarea auf den Bundestagswahlkampf zeigt eine marode Brücke an der Stadtgrenze Duisburg/Moers. Sie ist nur noch für Radfahrer und Fußgänger freigegeben.



NEUE BILDUNGSREPUBLIC SCHAFFEN

Einen bildungspolitischen Neustart hat die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack in Berlin gefordert. Auf dem DGB-Bildungsgipfel Anfang September in Berlin sagte sie: „Die Bildungsrepublik ist in weiter Ferne“. Bund und Länder hätten ihre Ziele verfehlt, die sie 2008 auf dem Dresdner Bildungsgipfel vereinbart haben, so Hannack. Sie bezog sich dabei auf die Bildungsgipfel-Bilanz, die der Essener Bildungsforscher Prof. Klaus Klemm in Auftrag des DGB erstellt hat. Die Studie zeigt: Beim Ausbau der Krippen hängt Deutschland hinterher, die Zahl der jungen Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss ist nur gering gesunken und auch beim Thema Weiterbildung gibt es kaum Fortschritt. Einzig das Ziel, mehr Menschen ein Studium zu ermöglichen, wurde erfüllt. Mittlerweile studiert jede/r Zweite. Geplant war eine Quote von 40 Prozent.

Hannack schlägt eine Reformkommission Bildung von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialpartnern vor, um eine echte gesellschaftliche Bildungsstrategie auszuarbeiten. Diese müsse „atmen“, um auf neue Entwicklungen zu reagieren – 2008 hätte niemand Fragen der Digitalisierung, der Inklusion oder der Integration von Flüchtlingen vorhersehen können. Hannack sprach sich gegen einen einmaligen „PR-Gipfel“ aus, der „plakative Bildungsziele für das Jahr 2030 verabschiedet“. www.dgb.de/-/nSB

3+2-REGELUNG UMSETZEN

Der DGB fordert, die Berufsausbildung von Flüchtlingen einheitlich zu regeln. Bisher wenden die einzelnen Bundesländer die Regelungen unterschiedlich an. Insbesondere die „3+2-Regelung“, die Geduldeten einen sicheren Aufenthaltsstatus für fünf Jahre ermöglicht, solle unterschiedslos gelten. Die Regel – die 2016 ins Integrationsgesetz aufgenommen wurde – besagt, dass Menschen für drei Jahre Berufsausbildung plus zwei Jahre reguläre Beschäftigung im erlernten Beruf nicht ausreisen müssen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich dafür ein, dass Menschen, die in Deutschland leben dürfen, auch einen Zugang zur Berufsausbildung erhalten.

„Wir sind überzeugt, dass junge Leute, die eine Ausbildung aufnehmen wollen und aufnehmen, nicht abgeschoben werden dürfen“, erklärt DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Auch die Ausbildungsbetriebe brauchen eine entsprechende Rechtssicherheit, so Buntenbach. DGB, Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Arbeitgeberverbände fordern daher eine aufenthaltsrechtliche Sicherheit für die Ausbildung und die anschließende Beschäftigung. In seiner Handlungshilfe zur 3+2-Regelung beschreibt der DGB die rechtlichen Bedingungen und gibt Tipps für die Praxis. www.dgb.de/-/nvl



TELEGRAMM

DGB-Bundesvorstandsmitglied Stefan Körzell hat **mehr Geld** für den sozialen Wohnungsbau und eine wirksame Mietpreisbremse gefordert. Beim wohnungspolitischen Workshop des DGB in Berlin sagte er: „Wir brauchen ein Sofortprogramm für bezahlbaren Mietwohnungsbau“. Zudem müsse die Mietpreisbremse um Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen und einen Rechtsanspruch auf Mietauskunft ergänzt werden, um transparent zu machen, wie viel Miete zuvor für die Wohnung bezahlt wurde. www.dgb.de/mieten

Einen deutlichen **Lohnzuwachs** für die ArbeitnehmerInnen in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern fordert das Europäische Gewerkschaftsinstitut (ETUI). Aktuelle Zahlen zeigen, dass Beschäftigte in Mittel- und Osteuropa bis zu 1058 Euro weniger verdienen als ArbeitnehmerInnen in Deutschland. Die EU und die Regierungen der Mitgliedstaaten müssten das Lohnwachstum in diesen Ländern fördern und rechtliche Rahmenbedingungen schaffen, um Tarifverhandlungen zu ermöglichen, so das ETUI. Die Lohnunterschiede bleiben auch bestehen, wenn die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten eingerechnet werden, betonen die WissenschaftlerInnen. <https://www.dgb.de/-/n8h>



Betriebsratswahlen leicht gemacht



Zum ersten Mal eine Betriebsratswahl durchführen? Nicht ganz sicher, wie das juristisch einwandfrei geht? Der Band „Betriebsratswahl 2018“ bietet eine umfassende Handlungsanleitung zur BR-Wahl und erläutert den gesamten Ablauf bis zum ersten Zusammenkommen des neuen Betriebsrates.

Peter Berg/Micha Heilmann:
Betriebsratswahlen 2018,
Bund-Verlag 2017,
210 Seiten, 29, 90 Euro

DIGITALER KAPITALISMUS

Leben und Arbeiten werden digitaler. Wird es auch einen Kapitalismus 4.0 geben? Und wenn ja, wie sieht er aus? Diesen Fragen widmet sich die Konferenz „Digitaler Kapitalismus – Revolution oder Hype?“ von Friedrich-Ebert-Stiftung und DGB. Am 2. und 3. November diskutieren VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, ob dem Kapitalismus ein Umbruch oder nur ein neuer Anstrich bevorsteht. In Workshops wird der digitale Kapitalismus von allen Seiten beleuchtet: Bringt er mehr Wohlstand, sozialen Fortschritt oder mehr Ungleichheit? Ziel ist es, Ansätze zu formulieren, wie aktuelle Entwicklungen politisch gestaltet werden können.
www.fes.de/digitalcapitalism

AUS KLEIN WIRD GROSS

Minijobs sind Kleinstarbeitsverhältnisse, die Beschäftigte weder wirtschaftlich noch sozial absichern. Frauen – die überdurchschnittlich oft in diesen prekären Jobs arbeiten – drohen niedrige Löhne und Altersarmut. Die DGB-Frauen werden deshalb jetzt aktiv für eine Reform der Minijobs.

Handeln ist dringend erforderlich: Die Parteiprogramme zeigen, dass kein politischer Wille besteht, das Thema Minijobs in den nächsten vier Jahren im Sinne der Beschäftigten anzugehen. Die DGB-Frauen werben deshalb verstärkt bei politischen EntscheidungsträgerInnen dafür, das Thema auf die Agenda zu setzen und die Minijob-Regelungen zu überarbeiten. In der sogenannten Toolbox – einem Online-Werkzeugkasten – finden GewerkschafterInnen vielfältige Materialien, um den Blick von Frauen und PolitikerInnen auf die Missstände zu lenken und Veränderungen einzufordern. Es gibt Hintergrundinfos, Argumentationshilfen, Veranstaltungskonzepte, Bilder für die sozialen Medien und vieles mehr. www.frauen.dgb.de/-/nIV



Verschiedene Plakattmotive machen klar: Minijobs führen oft in die berufliche Sackgasse und ermöglichen keine eigenständige Existenzsicherung.

10. JUBILÄUM: WELTTAG FÜR MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT



Der 7. Oktober ist der Welttag für menschenwürdige Arbeit (world day for decent work – „wddw“). Der Internationale Gewerkschaftsbund ruft in diesem Jahr zum 10. Mal ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen dazu auf, sich weltweit mit Aktionen für menschenwürdige Arbeit einzusetzen. Unter dem Motto „Stopp der Profitgier: Die Welt braucht höhere Löhne“ wirbt die internationale Gewerkschaftsbewegung für eine globale Wirtschaftsordnung, die die Menschen und menschenwürdige gute Arbeit in den Mittelpunkt rückt. Im Fokus stehen dieses Jahr anständige Löhne, die zum Leben reichen. www.wddw.org

Veranstaltung

Brot und Rosen

Am 7. Oktober 2017 lädt der DGB zur Filmvorführung „Bread and Roses“ des britischen Regisseurs Ken Loach in Berlin ein. In dem Film reist eine junge Frau aus Mexiko illegal in die USA ein. Sie ergattert einen Job als Reinigungskraft und putzt für einen Hungerlohn und ohne soziale Absicherung in einem Bürogebäude in Los Angeles. Ein engagierter Gewerkschafter möchte sie und ihre KollegInnen motivieren, sich gegen die prekären Arbeitsverhältnisse zu wehren. Dabei gerät er selbst in Konflikt mit seiner Gewerkschaft,



und auch unter Mayas KollegInnen kommt es zu Spannungen. Der Titel des Films ist gleichzeitig ein Slogan der internationalen Gewerkschaftsbewegung – für faire Bezahlung (Brot) und menschenwürdige Arbeitsbedingungen (Rosen). Im Anschluss diskutieren Lars Dieckmann (IG BAU), die Gebäudereinigerin Angelika Walle und DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell über Arbeitnehmerrechte in der Reinigungsbranche. Die Runde moderiert der Filmkritiker Knut Elstermann. Der Eintritt ist frei. www.dgb.de/-/nS8

Befristete Beschäftigung: und tschüss!

Die Beschäftigungsquote ist auf Rekordhoch – also alles bestens auf dem deutschen Arbeitsmarkt? Nicht für die befristet Beschäftigten – inzwischen über 3,2 Millionen Menschen in Deutschland. Sie haben weniger Geld, weniger Perspektiven und weniger Sicherheit. Und über allem hängt die Frage: Wird der Vertrag verlängert?



Die Situation

Fast die Hälfte aller neu abgeschlossenen Arbeitsverträge hat inzwischen ein „Verfallsdatum“ – Auszubildende und Mini-Jobber nicht mitgerechnet. Das zeigen aktuelle Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Aber nicht nur Berufsanfänger werden befristet eingestellt, sondern zunehmend auch mittlere und höhere Altersgruppen: Bei den 30- bis 39jährigen sind es 49 Prozent, die befristete Stellen antreten – 11 Prozent mehr als 2015.

Besonders häufig trifft es Frauen: 47 Prozent von ihnen erhalten Arbeitsverträge „auf Zeit“ – bei den Männern sind es 38 Prozent. Das liegt auch daran, dass Frauen überwiegend im Dienstleistungssektor, im Gesundheitswesen oder im öffentlichen Dienst tätig sind, wo sich Befristungen häufen. „Der öffentliche Sektor spielt eine unrühmliche Rolle“, so DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Der Anteil befristeter Neuverträge liegt hier bei rund 60 Prozent.

Insgesamt arbeiten fast 10 Prozent der Beschäftigten befristet – sei es, weil sie jemanden vertreten oder weil die Stelle nur für eine gewisse Zeit finanziert wird. In der Hälfte der Fälle ist das automatische Ablaufdatum des Arbeitsverhältnisses aber unbegründet: Die Befristung ist sachgrundlos. Dies betrifft mehr als 1,5 Millionen Menschen.

Für die ArbeitnehmerInnen bedeuten befristete Verträge berufliche und private Unsicherheit. „Gerade junge Menschen hangeln sich von Befristung zu Befristung. Sie können weder ihre private noch berufliche Zukunft planen“, kritisiert Buntenbach. Die Lebensqualität leidet: Befristet Beschäftigte sind weniger zufrieden, weniger motiviert und haben mehr gesundheitliche Probleme.

Das wollen die Parteien

In ihren Wahlprogrammen haben die Parteien Stellung zum Thema Befristungen genommen.

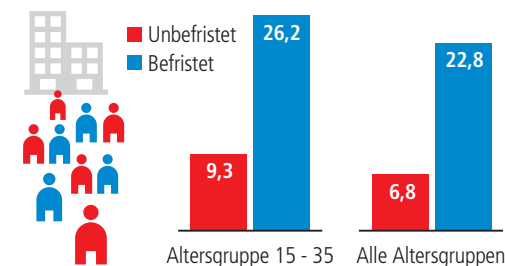
CDU/CSU schreiben: „Befristete Arbeitsverhältnisse dürfen unbefristete Arbeitsverhältnisse nicht einfach ersetzen.“ Offenkundige Missstände müssten abgestellt werden. Die **SPD** will sachgrundlose Befristungen abschaffen und die möglichen Sachgründe einschränken sowie Kettenbefristungen begrenzen. **Die Linke** hat vor, sachgrundlose Befristungen abzuschaffen, Sachgründe strikt zu beschränken und Kettenbefristungen zu verbieten. Befristungen dürften nur ein Jahr betragen – der zweite Arbeitsvertrag beim gleichen Arbeitgeber muss unbefristet sein. Zudem sollen sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst ausgeschlossen werden. Die **Grünen** planen, sachgrundlose Befristungen abzuschaffen. Die **FDP** fordert: Befristungen nicht weiter einschränken.

Das will der DGB

Gute Arbeit ist unbefristet. „Befristete Arbeitsverträge ohne sachlichen Grund gehören abgeschafft“, erklärt Annelie Buntenbach. Insgesamt solle die Möglichkeit, Arbeitsverträge zu befristen, eingeschränkt werden. Denn: Jahrelange Kettenbefristungen oder Befristungen aus vorgeschobenen Gründen höhlen arbeitsrechtliche Standards wie den Kündigungsschutz aus. „Wir werden die Parteien daran messen, was sie vor der Wahl angekündigt haben“, macht Buntenbach deutlich.

Arm trotz Arbeit

Beschäftigte in Vollzeit mit einem Nettoeinkommen von weniger als 1100 Euro (in Prozent)



Quelle: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) 2016

Auch im Portemonnaie sieht es für befristet Beschäftigte schlecht aus. Sie verdienen deutlich weniger als ihre unbefristeten KollegInnen.

DER DGB FORDERT

- Sachgrundlose Befristung abschaffen
- Sachgründe verschärfen, Kettenbefristungen verhindern
- Sachgrund „befristete Haushaltsmittel“ aufheben
- Befristungsgrund schriftlich dargelegen
- Öffentlicher Sektor soll mit gutem Beispiel vorangehen
- Befristet Beschäftigte bevorzugt unbefristet einstellen
- Sonderregeln für Unternehmensgründer aufheben
- Befristungen in der Wissenschaft einschränken

DIE RECHTSLAGE

Befristungen sind im Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) geregelt. Das TzBfG nennt acht Sachgründe, die eine Befristung rechtfertigen, u.a. vorübergehender betrieblicher Bedarf, Vertretung anderer ArbeitnehmerInnen oder die zeitlich befristete Natur der Arbeitsleistung. Neue Arbeitsverhältnisse können bis zu zwei Jahre ohne Sachgrund befristet werden – in neugegründeten Unternehmen sind es bis zu vier Jahre. Befristungen von bis zu fünf Jahren sind zulässig bei ArbeitnehmerInnen über 52 Jahre, die zuvor arbeitslos waren.

TARIFRUNDE 2018: MEHR GELD FÜR 9,7 MILLIONEN BESCHÄFTIGTE

Im kommenden Jahr werden neue Vergütungstarifverträge für fast zehn Millionen Beschäftigte verhandelt, teilte die Hans-Böckler-Stiftung mit. Unter anderem stehen Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie (3 499 200 Beschäftigte), im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen (2 480 200), im Bauhauptgewerbe (699 000) und der Chemischen Industrie (530 000) an.

Den Auftakt macht die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie: Für die Entgelthöhung haben die gewählten Tarifkommissionen einen Rahmen um die sechs Prozent diskutiert. In den nächsten Wochen beraten die IG Metall-Mitglieder und Vertrauensleute die Forderungen vor Ort. Zudem geht es in der Debatte um einen Anspruch auf „kurze Vollzeit“. Beschäftigte sollen dadurch die Wahl haben, ihre Arbeitszeit auf zwei Jahre befristet auf bis zu 28 Stunden in der Woche zu verkürzen.

Am 10. Oktober wird der Vorstand der IG Metall eine Forderungsempfehlung beschließen. Am 24. Oktober entscheiden die Tarifkommissionen über die endgültigen Forderungen. Diese werden schließlich vom IG Metall-Vorstand bestätigt. Mitte November starten dann die Verhandlungen in den einzelnen Tarifgebieten. Am 31. Dezember endet die sogenannte Friedenspflicht.

Jugend



GELBE HAND-WETTBEWERB GESTARTET

Zum 12. Mal startet der Jugendwettbewerb des Kumpelvereins „Die Gelbe Hand“ in eine neue Runde. Die junge Generation ist aufgerufen, mit kreativen Projekten ein Zeichen gegen Rassismus und für ein solidarisches Miteinander zu setzen. Die besten Aktionen werden mit dem Gelbe Hand-Preis ausgezeichnet. Egal ob ein Video, eine Fotocollage oder Aktionen in der Schule oder im Betrieb, wichtig sei das kreative Engagement für Vielfalt. Die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig und der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis haben die Schirmherrschaft übernommen. Ein-sendeschluss für die Beiträge ist der 16. Januar 2018. www.gelbehand.de



Ticker

Arbeitsrecht im Luftverkehr gestärkt

ver.di ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christine Behle geht davon aus, dass sich die irische Fluggesellschaft Ryanair künftig an deutsches Recht halten wird. Grund ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Demnach müssen Fluglinien das Arbeitsrecht des Landes anwenden, in dem die Beschäftigten stationiert sind. Ryanair setzte bisher auf Scheinselbstständigkeit bei den Piloten, auf schlechte Arbeitsbedingungen und eine geringe Bezahlung der FlugbegleiterInnen. www.verdi.de

Energiewende neu ausrichten

IG BCE Das Innovationsforum Energiewende (If.E), dessen Gründungsmitglied die IG BCE ist, fordert eine Neuausrichtung der Energiewende nach der Bundestagswahl. Die Politik solle „weniger auf Regulierung als auf die Förderung neuer Energie- und Klimaschutztechnologien“ setzen, heißt es in einem Aufruf des If.E, die 30 Partner unterzeichnet haben. www.igbce.de/-/ODq

Bessere IT für gute Bildung

GEW Die GEW fordert, Schulen besser mit Hard- und Software auszustatten. „Lehrkräfte wollen guten Unterricht machen. Wenn ihnen die Technik dabei hilft, setzen sie diese auch ein“, so GEW-Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann. Sie kritisiert, dass die Bildungsverwaltung zunehmend darauf setzt, dass SchülerInnen ihre eigenen IT-Geräte mitbringen und nutzen: „Die Ausstattung der Schulen ist eine öffentliche Aufgabe.“ www.gew.de

Nicht bei der Sicherheit sparen

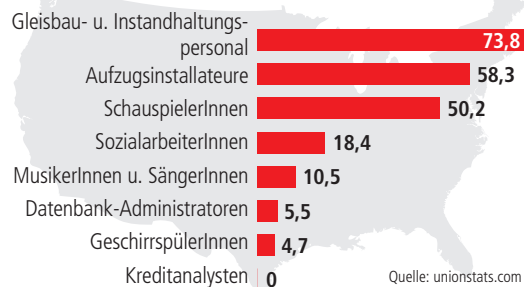
EVG Die EVG hat Pläne der Deutschen Bahn kritisiert, Leistungen im Bereich der DB Sicherheit zu reduzieren. „Angesichts der Vielzahl an Übergriffen überrascht uns dieser Rückzug“, so der stellvertretende EVG-Vorsitzende Klaus-Dieter Hommel. Allein im ersten Halbjahr 2017 sei die Zahl der Übergriffe mit Körperverletzung in Bahnen um 7,3 Prozent angestiegen. www.evg-online.org

DATEN ZU US-GEWERKSCHAFTEN

Daten über die Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften sind nicht nur in Deutschland gefragt. Unter *unionstats.com* bereiten die Forscher Barry Hirsch von der Georgia State University und David Macpherson von der

USA: Gleisarbeiter vorn

Gewerkschaftlicher Organisationsgrad ausgewählter Berufsgruppen in den USA (2016, in Prozent)



Trinity University seit 15 Jahren die Mitgliederzahlen der US-Gewerkschaften auf. Einige Fakten aus dem Datensatz: Den höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad mit 73 Prozent gibt es unter den Gleisbauern. Jede/r zweite SchauspielerIn in den USA ist Gewerkschaftsmitglied. Unter den rund 30 000 US-Kreditanalysten findet sich kein einziges Gewerkschaftsmitglied.

Barry Hirsch betont: „Wir hielten es für hilfreich, anderen Forschern genauere Informationen zur Verfügung zu stellen.“ Das Projekt ist weitreichend beachtet und war in der Vergangenheit Basis für viele Studien. Die Daten zeigen, wie sich die US-Gewerkschaften seit 1983 entwickelt haben – regional, in Branchen und nach einzelnen Berufen. <http://unionstats.com/>

VER.DI: POSTKARTE FÜR FAIRE REGELSÄTZE

Mit einer Postkartenaktion setzen sich die Erwerbslosen in ver.di für existenzsichernde Regelsätze ein. Mit der Initiative will die Gewerkschaft auch nach der Bundestagswahl Druck machen, um für mehr Transparenz und eine faire Grundsicherung zu kämpfen. Die Postkarten sollen an die örtlichen Bundestagsabgeordneten sowie die Büros der im künftigen Bundestag vertretenen Parteien geschickt werden. Hintergrund: Von den Regelsätzen sind rund acht Millionen Menschen abhängig, darunter sechs Millionen Leistungsberechtigte in der Grundsicherung (SGB II).

Seit langem kritisieren Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbände das Berechnungsverfahren. „Der aktuelle Regelsatz von 409 Euro im Monat in der Grundsicherung für alleinstehende Erwachsene ist nicht bedarfsgerecht und leistet keinen Beitrag, die Einkommensarmut der Betroffenen zu überwinden“, betont ver.di.

<http://erwerbslose.verdi.de>

„Wir wollen die IG BAU weiblicher machen“

Im Interview erklärt der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger, wie er das Wahlergebnis einschätzt, was Wirtschaftswissenschaftler mit körperlicher Arbeit zu tun haben und was die zentralen Herausforderungen der IG BAU in den kommenden Jahren sind.

Fehlender Wohnraum selbst für Normalverdienende treibt viele Menschen um. Was muss politisch passieren, damit Mieten bezahlbar bleiben?

Im Bereich bezahlbarer Wohnungsbau besteht ein extremer Nachholbedarf. Wir brauchen mindestens 400 000 neue Wohnungen pro Jahr. Die Politik hat jahrelang die Augen vor der Verteuerung der Mieten verschlossen. Ich erinnere mich, dass Anfang der 2000er sogar gefordert wurde, das Bundesbauministerium abzuschaffen, weil es angeblich ausreichend Wohnraum gab. Das war eine Geisteshaltung bei Bund, Ländern und Kommunen, und es gibt sie leider bei manchen Akteuren heute noch. Zuerst brauchen wir deshalb ein Umdenken bei allen Verantwortlichen. Ein Dach über dem Kopf ist ein elementares Recht, und die Miete dafür darf die Bewohner nicht arm machen.

Wie soll dieses Ziel im Einzelnen erreicht werden?

Konkret heißt das, die neue Bundesregierung muss die Wohnungsnot in Ballungsräumen zur Chefsache machen. Sie muss die Förderung des sozialen Wohnungsbaus deutlich erhöhen und auch für Beschäftigte mit normalem Einkommen muss die Miete bezahlbar werden. Angesichts

Die neue Bundesregierung muss die Wohnungsnot in Ballungsräumen zur Chefsache machen.

auslaufender Sozialbindungen brauchen wir 80 000 Sozialwohnungen jährlich. In Ballungsräumen dürfen die Kommunen Baugrundstücke nicht zum Höchstpreis anbieten, sondern es müssen zuerst Investoren zum Zug kommen, die günstige Wohnungen bauen wollen. Und nicht zuletzt muss die steuerliche Abschreibung an die tatsächliche Lebensdauer von Immobilien von 35 Jahren angeglichen werden. Das heißt die steuerliche Abschreibung muss von zwei auf drei Prozent angepasst werden.

Viele eurer Mitglieder – Bauarbeiter, Dachdecker oder Maler- und Lackierer – schaffen es oft nicht gesund in Rente. Was muss passieren, um sie vor Armut im Alter zu schützen?

Wer körperlich hart arbeitet, schafft es nicht bis 67. Das haben sich Wirtschaftswissenschaftler ausgedacht, die selbst erst mit über 30 Jahren anfangen zu arbeiten und noch nie in ihrem Leben mit ihrer Hände Arbeit ihr Geld verdienen mussten. Manche von diesen sogenannten Experten wollen uns sogar einreden, wir müssten bis 70

arbeiten. Wir sagen dazu: Flexibilität ist keine Einbahnstraße. Wer lange gearbeitet hat, muss die Sicherheit auf einen würdigen Übergang in die Rente haben. Deshalb brauchen wir flexible Übergänge für Menschen, die zum Schluss körperlich nicht mehr voll arbeiten können. Je nach ihrem Gesundheitszustand sollen sie kürzer treten können. Die Idee ist, dass Ausfallzeiten durch ein Flexigeld ersetzt werden. So kann garantiert werden, dass niemand mehr trotz einem harten Arbeitsleben am Ende in Hartz IV abrutscht.

Was sind die zentralen politischen Herausforderungen für die IG BAU nach der Bundestagswahl?

Wir müssen uns anstrengen. Das fängt jetzt bei der Begleitung der Koalitionsverhandlungen an, um die Belange der Arbeitnehmer möglichst stark im Koalitionsvertrag zu verankern und geht bis zur Aufgabe dem Rechtsruck in der Gesellschaft die bessere Alternative entgegen zu setzen. Unsere Kernforderung lautet: Faire Arbeit jetzt! Wir werden dafür kämpfen, die allort um sich greifende Sozialverschmutzung zurückzudrängen. Befristungen, Leiharbeit, zu wenige Mindestlohnkontrollen, ein riesiger Niedriglohnsektor oder Altersarmut – all das passt nicht zu einem der reichsten Industriestaaten der Welt. Jede neue Regierung muss sich im Klaren darüber sein, dass die Umverteilung von unten nach oben nicht nur gestoppt, sondern umgekehrt werden muss. Auch Investitionen – gerade für bezahlbares Wohnen und in die Verkehrsinfrastruktur werden inhaltliche Schwerpunkte sein.

Was ist dein Fazit der Organisationsentwicklung der IG BAU? Wo liegen die Schwerpunkte in den kommenden vier Jahren?

In den vergangenen vier Jahren haben wir gemeinsam mit dem DGB und den anderen Gewerkschaften politisch wie organisationspolitisch wichtige Fortschritte erzielt. Der gesetzliche Mindestlohn, die Rente mit 63 oder die Mietpreisbremse sind Verbesserungen, die von den Gewerkschaften vorangebracht wurden. Es gilt jetzt diese nicht nur zu verteidigen, sondern sie weiter auszubauen. Tarifpolitisch haben wir ebenfalls erfolgreich gearbeitet. Übernachtungs- und Verpflegungspauschalen am Bau etwa waren jahrelang Streitthema. Wir haben uns da endlich durchgesetzt. Auf diesem Weg wollen wir natürlich weiter gehen. Und wir wollen die IG BAU weiblicher machen. Das geht nicht über Nacht. Aber im Bundesvorstand gehen wir auf diesem Gewerkschaftstag voran und schlagen vor, das Gremium verpflichtend zu mindestens einem Drittel mit Frauen zu besetzen.

Die Langversion des Interviews gibt es unter: www.dgb.de/einblick



ROBERT FEIGER,

54, ist seit 2013 Vorsitzender der IG BAU. Seit 1988 ist er in wechselnden Positionen für die IG BAU tätig. Unter anderem als Geschäftsführer des Bezirksverbands Oberbayern und als Regionalleiter Bayern. Seit 2007 ist Feiger Mitglied im IG BAU-Bundesvorstand, zwischen 2009 und 2013 war er stellvertretender IG BAU-Vorsitzender.

KURS NEHMEN

Vom 9. bis 13. Oktober lädt die IG BAU zum 22. Ordentlichen Gewerkschaftstag nach Berlin ein. Unter dem Motto „Arbeit. Leben. Gerechtigkeit.“ debattieren die 317 Delegierten den künftigen Kurs der Gewerkschaft. Insgesamt stehen 176 Anträge zur Beratung, 35 Anträge befassen sich mit Satzungsfragen.

Zu den Wahlen treten alle Mitglieder des jetzigen IG BAU-Vorstandes wieder an. Neben dem Vorsitzenden Robert Feiger sind das die stellvertretenden Vorsitzenden Dietmar Schäfers und Harald Schaum sowie die Vorstandsmitglieder Ulrike Laux und Carsten Burckhardt. Zudem kandidiert Nicole Simons, stellvertretende IG BAU-Regionalleiterin in der Region Rheinland, als sechstes Vorstandsmitglied.

Die Erweiterung des Bundesvorstandes soll auf dem Gewerkschaftstag beschlossen werden, um die Quote von mindestens 30 Prozent weiblicher Vorstandsmitglieder zu erreichen.



„Autoritäre Regime brauchen kein bürgerschaftliches Engagement. Sie mögen es nicht, sie behindern es, und wenn es nicht anders geht, verbieten sie es. Die Demokratie braucht es.“



Der ehemalige Bundestagspräsident Norbert Lammert in seiner letzten Rede im Deutschen Bundestag am 06. September 2017.



Das steht an ...

3. Oktober

Tag der Deutschen Einheit

4. Oktober

Die Versicherten der BARMER sind bis zum 4. Oktober aufgerufen, an der **Sozialwahl** teilzunehmen. Der DGB tritt gemeinsam mit der IG BAU und der Gewerkschaft NGG mit einer eigenen Liste (Liste 6) an. www.dgb.de/-/nZX

7. Oktober

Am **„Welttag für menschenwürdige Arbeit“** zeigt der DGB den Film „Bread and Roses“ von Ken Loach in der Berliner Kulturbrauerei. Im Anschluss findet eine Diskussion über Arbeitnehmerrechte statt. Der Eintritt ist frei. www.dgb.de/-/nS8

8. – 13. Oktober

Anfang Oktober findet der **6. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG BCE** in Hannover statt. Unter dem Motto „Gemeinschaft. Macht. Zukunft“ stellen die Delegierten die Weichen für die kommenden Jahre. www.igbce.de

9. bis 13. Oktober

In Frankfurt am Main findet der **22. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG BAU** unter dem Motto „Arbeit.Leben.Gerechtigkeit“ statt. Unter anderem wird im Rahmen der Eröffnungsfeier der Georg-Leber-Preis für Zivilcourage verliehen. www.igbau.de



Personalia

DR. NADINE ABSENGER,

42, verstärkt seit 1. September die Abteilung Recht beim DGB-Bundesvorstand. Sie übernimmt zum 1. Dezember die Leitung der Abteilung von Helga Nielebock, 58, die in die Freistellungsphase der Altersteilzeit wechselt. Absenger war zuvor kommissarische Abteilungsleiterin beim WSI in der Hans-Böckler-Stiftung und zuständig für Arbeits- und Sozialrecht.

Zudem ist **FRANK SIEBENS**, 48, neuer politischer Referent in der Abteilung. Er ist für die redaktionelle Betreuung der DGB-Zeitschrift „Arbeit und Recht“ verantwortlich. Zuvor war er im Referat für betriebliche Mitbestimmung und europäische Betriebsräte bei der ver.di-Bundesverwaltung tätig.

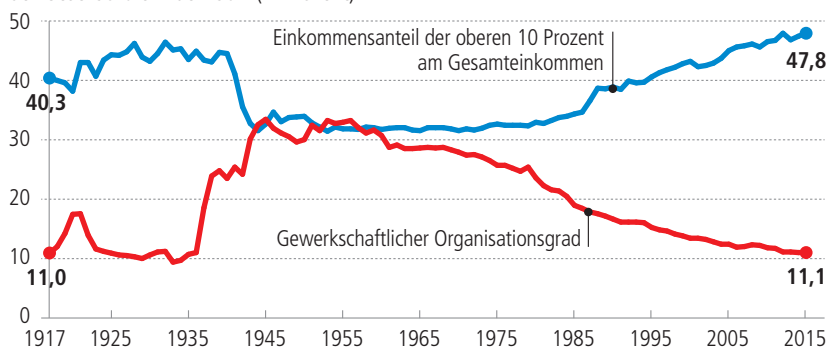


Grafik des Monats

US-STUDIE: SO WICHTIG SIND GEWERKSCHAFTEN FÜR EINE GERECHTE GESELLSCHAFT

Gewerkschaften machen Gesellschaften gerechter. Eine Analyse von US-Ökonomen zeigt, wie sich der hohe gewerkschaftliche Organisationsgrad von den 1930er bis zu den 1960er in den USA positiv auf die Einkommensentwicklung von Beschäftigten ausgewirkt hat. Sind viele Menschen Mitglied einer Gewerkschaft, steigt vor allem das Einkommen der mittleren Einkommensgruppen deutlich. Sinkt der Organisationsgrad, wachsen die Einkommen der oberen zehn Prozent – so geschehen in den vergangenen 50 Jahren in den USA. www.dgb.de/-/nSF

Gewerkschaftlicher Organisationsgrad und der Einkommensanteil der oberen zehn Prozent der Gesellschaft in den USA (in Prozent)



Quelle: Economic Policy Institute 2017

IMPRESSUM Herausgeber Deutscher Gewerkschaftsbund **Anschrift** DGB-Bundesvorstand, Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Redaktion einblick/ Gegenblende, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Telefon: 030 / 240 60-615 oder 616, E-Mail: einblick@dgb.de **Presserechtlich verantwortlich** Maike Rademaker **Redaktion** Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit** Daniel Haufler, Luis Ledesma **Layout** zang.design **Infografiken** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb** Print Network pn/ASTOV Vertriebsgesellschaft mbH **Abonnements** einblickabo@dgb.de **E-Mail-Newsletter** www.dgb.de/einblicknewsletter Nachdruck frei für DGB und Mitgliedsgewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch die Redaktion. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Redaktion und AutorIn.

SILICON VALLEY: LINKSLIBERALE GEWERKSCHAFTSFEINDE

Das Silicon Valley steht für technischen und gesellschaftlichen Fortschritt. Viele Tech-Unternehmer stellen sich gerne als linksliberale und tolerante Kosmopoliten dar, die US-Präsident Donald Trump trotzen, wenn dieser Einreiseverbote für Muslime verhängt. Gerne betonen Tim Cook (Apple), Elon Musk (Tesla) oder Sundar Pichai (Google), die Welt zu einem besseren Ort machen zu wollen – sozial und ökologisch. Eine Analyse der Stanford University bestätigt dieses Bild – mit einer Ausnahme: Die große Mehrheit der IT-Firmen lehnt Gewerkschaften kategorisch ab.



Das Silicon Valley liegt im südlichen Teil der San Francisco Bay Area – um Palo Alto und Mountain View.

Der US-Forscher David Broockman ist überrascht, dass die Unternehmer einerseits zwar fordern, Steuern zu erhöhen und die Gesundheitsfürsorge zu stärken, aber andererseits Vorschriften und Gewerkschaften als Problem sehen. Mit diesen Ansichten seien sie ein Ausnahmefall im politischen System der USA. Weder Demokraten noch Republikaner würden diesen Themenmix vertreten. Die Stanford-ForscherInnen gehen davon aus, dass das Silicon Valley vor allem Einfluss auf die Demokratische Partei nehmen werde. So sei deren Interesse, die Macht der Tech-Unternehmen zu beschränken, bereits heute deutlich geringer als vor einigen Jahren.

EUROPÄISCHE „DATENSCHUTZ-OASE“

Ab dem 25. Mai 2018 tritt in der Europäischen Union die Datenschutz-Grundverordnung in Kraft. Damit wird die EU zu einer „Datenschutz-Oase“, in der Persönlichkeitsrechte der BürgerInnen geschützt und gepflegt werden, stellt der Datenschutzexperte Peter Wedde in einem Ratgeber der Friedrich-Ebert-Stiftung fest. Der Autor zeigt, wie ArbeitnehmerInnen von den neuen Datenschutz-Regeln profitieren können und welche Herausforderungen es im Betrieb gibt. Der Ratgeber „Beschäftigtendatenschutz in der digitalisierten Welt“ steht zum kostenlosen Download im Netz. Mehr unter: www.dgb.de/-/nW5

Screenshot: Google Maps

PROGRAMMIEREN LERNEN

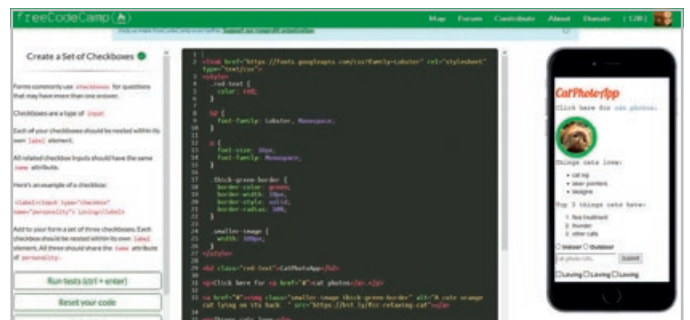
Wer programmieren lernen möchte, braucht einen Einstieg. Oft schrecken Interessierte vor den vermeintlich hohen Anforderungen zurück. Dabei gibt es im Netz gute, kostenfreie Angebote, die die Grundlagen verschiedener Programmiersprachen vermitteln.

HTML5 lernen

Ein kostenloses Angebot bietet das *freeCodeCamp*. Seit 2014 will das gemeinnützige Projekt Menschen fundierte Programmierkenntnisse vermitteln. Der Online-Kurs beginnt mit Kenntnissen zu HTML5 – der Computersprache, die dafür sorgt, dass Internetseiten strukturiert und formatiert dargestellt werden. Der Kurs ist in viele kleine Aufgaben geteilt. Eine kurze Einführung erläutert die Funktionsweise der Code-Schnipsel, um die es geht. In einer Konsole müssen die SchülerInnen dann das Gelernte anwenden und selber codieren. Auf einem Smartphone-Display wird das Ergebnis direkt ausgegeben. Steckt man fest, hilft ein Forum weiter. Einzige Einschränkung: Wer *freeCodeCamp* nutzen will, benötigt solide Englischkenntnisse.

Einstieg in JavaScript

Neben HTML5 bietet *freeCodeCamp* Lektionen zu CSS 3, JavaScript, jQuery, Bootstrap, Sass, React.js, Node.js, Express.js, MongoDB und Git an. Insgesamt 1200 Stunden mit Lektionen sind online verfügbar. Etwas schwieriger wird es in den Aufgaben zu JavaScript. Diese Programmiersprache ist weit verbreitet und dient unter anderem dazu, Webseiten dynamisch zu gestalten.



freeCodeCamp: Im linken Bereich werden die Code-Zeilen erläutert, in der Mitte wendet der Nutzer das Gelernte an – rechts können die Ergebnisse bewundert werden.

Video-Tutorials nutzen

Unser Tipp: Auf youtube gibt es sehr gute Tutorials zu JavaScript. So bietet der Entwickler Oliver Sartun unter dem Pseudonym Thytyos dutzende Videos an, in denen er verständlich die Grundlagen von JavaScript erklärt.

Redaktion lernt codieren

Auch unsere Redaktion ist ins Code Camp eingestiegen. Aktuell befinden wir uns in den Sessions zu JavaScript. Habt ihr ebenfalls Lust den Kurs zu bewältigen? Schreibt uns eure Erfahrungen und Tipps an smartunion@dgb.de

Mehr zum Thema: www.dgb.de/-/nWm

POLITISCHE WEITERBILDUNG: IST WEIT AUSZULEGEN

Der Begriff der „politischen Weiterbildung“ im Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg ist weit auszulegen.

Der Fall: Der Arbeitnehmer ist bei einem Zuliefererbetrieb der Automobilindustrie mit ca. 1600 Personen beschäftigt. Er hat bei seinem Arbeitgeber beantragt, zum Zwecke der Teilnahme an der Bildungsmaßnahme „Arbeitnehmer(innen) in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft“ nach dem Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg freigestellt zu werden. Das Seminar führte das Bildungszentrum der IG Metall in Lohr-Bad Orb durch. Der Arbeitgeber hat den Antrag auf Bildungszeit mit der Begründung abgelehnt, dass die Bildungsmaßnahme den Anforderungen des Bildungszeitgesetzes nicht entspreche. Insbesondere handele es sich bei der Maßnahme nicht um „politische Weiterbildung“ im Sinne des Gesetzes. Der Arbeitnehmer hat dagegen Klage eingereicht und diese damit begründet, dass der Begriff „politische Weiterbildung“ entgegen der Rechtsansicht des Arbeitgebers weit zu verstehen sei und schon immer dann vorliege, wenn Informationen über politische Zusammenhänge und deren Mitwirkungsmöglichkeiten im politischen Leben vermittelt würden. Seine Klage hatte Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Der Arbeitnehmer hat einen Anspruch auf bezahlte Freistellung nach dem Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg. Bei der Bildungsmaßnahme „Arbeitnehmer(innen) in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft“ handelt es sich um „politische Weiterbildung“. Der gesetzlichen Vorschrift liegt ein weiter Politikbegriff zugrunde. Dies folgt aus einer an Wortlaut, Sinn und Zweck orientierten, völkerrechts- und verfassungskonformen Auslegung des Gesetzes.

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 9. August 2017 – 2 Sa 4/17

VERKAUFSOFFENER SONNTAG: NUR BEI SACHGRUND

Die Freigabe von Sonntag-Ladenöffnung muss sachlich begründet sein. Als Sachgrund reichen das alleinige Umsatz- und Erwerbsinteresse der Handelsbetriebe und das Shoppinginteresse der Kundschaft nicht aus. Ein darüber hinausgehendes öffentliches Interesse muss hinreichend gewichtig sein, um die konkret beabsichtigte Ladenöffnung in ihrem zeitlichen, räumlichen und gegenständlichen Umfang zu rechtfertigen.

Bundesverwaltungsgericht,
Urteil vom 17. Mai 2017 – 8 CN 1.16

ELTERNGELD: BEI FEHLGEBURT NICHT WENIGER GELD

Wenn Eltern nach der Geburt für ihr Kind da sein wollen und deshalb ihre berufliche Arbeit unterbrechen oder einschränken, haben sie Anspruch auf Elterngeld. Für die Berechnung des Elterngeldes nach der Geburt eines Kindes macht es keinen Unterschied, ob eine frühere Schwangerschaft mit einer Lebend- oder einer Fehlgeburt geendet hatte, wenn die Schwangere im Anschluss an jene Schwangerschaft arbeitsunfähig an einer Depression erkrankt war.

Der Fall: Die Frau erlitt im Herbst 2011 zum wiederholten Mal eine Fehlgeburt. Daraufhin erkrankte sie an einer Depression und konnte ihrer Erwerbstätigkeit nicht nachgehen. Erst ein Dreivierteljahr später, als die Frau erneut schwanger war, konnte sie ihre Arbeit wieder aufnehmen. Nach der Geburt des Kindes wurde ihr Elterngeld gewährt. Berechnet wurde es nach dem Einkommen der Frau in den zwölf Monaten vor der Geburt des Kindes. In diesem Zeitraum hatte aber die Mutter aufgrund ihrer Erkrankung größtenteils kein Erwerbseinkommen erzielt. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Die Frau kann die Zahlung eines höheren Elterngeldes verlangen. Bei dessen Berechnung ist im Wesentlichen das Einkommen vor ihrer depressiven Erkrankung entscheidend. Diese ist als schwangerschaftsbedingte Erkrankung im Sinne des Gesetzes zu werten. Daher sind die Krankheitsmonate bei der Bemessung des vorgeburtlichen Erwerbseinkommens nicht zu berücksichtigen. Unerheblich ist dabei, ob die krankheitsauslösende Schwangerschaft mit der Geburt eines Kindes endete, für das Elterngeld bezogen wurde. Denn die entscheidende Vorschrift des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes dient dem Nachteilsausgleich Schwangerer. Das besondere gesundheitliche Risiko einer Schwangerschaft soll nicht dazu führen, dass Mütter ein geringeres Elterngeld erhalten.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 16. März 2017 – B 10 EG 9/15 R

GROBE BELEIDIGUNG: FRISTLOSE KÜNDIGUNG IST DIE FOLGE

Bei groben Beleidigungen kann sich ein Arbeitnehmer nicht auf sein Recht auf freie Meinungsäußerung berufen. Wer seinen Chef als „soziales Arschloch“ bezeichnet, muss mit einer fristlosen Kündigung ohne vorherige Abmahnung rechnen.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein,
Urteil vom 24. Januar 2017 – 3 Sa 244/16